

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Neudruck Dresden.
Verleger: J. A. BRUNO
König
Kamenzer Straße 27
Telephon 22667

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Umgebung bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Verladung monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M., Die einpolige 32 mm breite Seite 6,- M. Bei Familienbestellungen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsangeboten, 10 polige u. 20 polige 25,- M. Bezugsplätze laut Tarif. Ausw. Zustände gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1,50, Gesamtzusendung 2 M.

Stellung und Hauptgeschäftsstelle:
Königstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Neudruck in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamenzer Straße
J. A. BRUNO
König
Kamenzer Straße 27
Telephon 22667

Schloß-Konditorei Weber
Schloßstraße 19
(neben 230-Bahnhof)

Erstes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

Muster-Ausstellung
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände

F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 1831 und 2481

Lloyd George über Genua.

Das deutsch-russische Abkommen. — Wiederbewaffnung Rußlands? — Der Gottesfriedenspakt.

Die Rede im englischen Unterhaus.

London, 25. Mai. Das Unterhaus war in Erwartung der Genua-Debatte nicht beieinander. In der Diplomatenszene war unter anderen Vertretern auswärtiger Mächte auch der deutsche Botschafter Eshamer, in der Vertretung der britische Botschafter in Berlin, Lord B. Herby, anwesend. Lloyd George betrat das Haus unter Beifall um 3,45 Uhr und begann seine Rede um 3,56 Uhr.

Lloyd George

erklärte, er gedenke nicht, über die englisch-französischen Beziehungen oder über die deutschen Reparationen zu reden, da darüber in der nächsten Woche im Unterhaus eine Aussprache stattfinden würde. Er werde sich darauf beschränken, auf die

Verhandlungen von Genua

einen Überblick zu werfen und sich dabei hauptsächlich mit der russischen Frage beschäftigen. Die Konferenz, sagte Lloyd George, trat in vollkommen ruhiger Eintracht zusammen und erörterte bis zum letzten Augenblick die kritischen Fragen in durchaus freundschaftlichem Sinne. Was die Frage betreffe, ob die Konferenz erfolgreich gewesen sei, so wolle er lediglich Tatsachen anführen und es den Mitgliedern überlassen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Deshalb

deutsch-russischen Abkommens.

sagte Lloyd George, er wolle seinen Inhalt nicht erörtern, betrachte aber das Abkommen als einen großen Irrtum im Urteil und als Fehler auf Seiten Deutschlands. Das Haus möge erwägen, was das Abkommen bedeute. Hier haben Sie, sagte Lloyd George, zwei der größten Nationen der Welt, beide stehen nicht in Gunst. Jede von ihnen hat etwas getan, was sie bei den anderen Nationen in Mißgunst gebracht hat. Sie sind in der Gesellschaft der Nationen nicht voll zugelassen, und zwischen ihnen besteht eine Gemeinschaft im Unrecht und in der Erniedrigung und eine Gemeinschaft in dem, was sie als schlechte Behandlung betrachten und was zu einer wirklichen Freundschaft ausreifen könnte. Deutschland ist entschlossen und könnte noch weiter entschlossen werden. Aber man kann nicht verhindern, daß

Rußland wieder bewaffnet wird,

wenn die Nationen zur Verweisung getrieben werden. Deutschland könnte Rußland nicht wirtschaftlich neu aus-

statten, aber dies ist nicht der Fall mit der Bewaffnung, da sich alles technische Können in dem einen Lande befindet und alle natürlichen Hilfsmittel in dem anderen.

Lloyd George sagte, es sei nötig, daß man jede Möglichkeit der Lage ins Auge faße, aber er hoffe, daß sich keine Gelegenheit ergeben würde, an diese Warnung zu erinnern. Die britischen Vertreter in Genua kamen zu dem Schluß, daß es, was man auch von der Sowjetregierung denke, für den Weltfrieden notwendig sei, daß man zu einem

Abkommen mit Rußland

komme, um Rußland selbst zu retten und es in den Stand zu setzen, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Welt beizutragen und daß es vor allem notwendig sei, die Uebel abzuwenden, die in Zukunft drohen, wenn nichts geschieht, um dieses Verhängnis von Mißverständnissen zu entwirren. Lloyd George erwähnte dabei die Genua Konferenz und sagte, er hoffe, wenn man so weit sei, die Frage praktisch zu prüfen, daß dann etwas geschehen würde. Inzwischen sei aber zu erwägen, was zu tun sei, um einen Zusammenstoß in Europa zu verhindern. Er betonte den Wert des

Gottesfriedenspactes

und sprach die Hoffnung aus, daß er auf einen wirklichen dauernden Frieden hinauslaufen werde, nachdem die Sachverständigen der Genua Konferenz seine Möglichkeiten geprüft hätten. Wenn diese Vorschläge machten, die die Nationen annehmen, werde dauernder Friede in Europa herrschen. Er wolle nicht sagen, ob Genua schließlich ein Erfolg sein werde. Wenn dies aber nicht der Fall sei, würde die Lage in Europa tragisch sein. Wenn Genua aber auch nur teilweise ein Erfolg sei, würde schon Großes vollbracht sein. Wir haben, sagte Lloyd George, bereits Stellungnahmen erobert, von denen aus weiteres Vordringen möglich ist.

Nach Lloyd George ergriff Asquith das Wort. (Verb.)

Eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré?

London, 25. Mai. Der Pariser Berichterstatter der „Eu. News“ will erfahren haben, daß eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré in Boulogne oder Calais geplant sei. Diese Zusammenkunft werde wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Juni stattfinden. Die beiden Premierminister würden die allgemeine europäische Politik, sowie die Fragen erörtern, die von der Genuaer Konferenz übrig geblieben sind. (W. Z. B.)

feiner der früheren erreicht, und sie kann und darf nicht getroffen werden ohne die Mitwirkung des Parlaments.

Deutsche Note über die Schutzpolizei.

Im Laufe des Himmelfahrtstages soll dem Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Rollet, eine deutsche Note über die Schutzpolizei übergeben werden. Bis zu diesem Tage sollten auch die Länder ihre Bestimmungen über die Umgehaltungspläne der Schutzpolizei der Länder bekanntgeben. Nur die Arbeiten Thüringens für ihre neuen Schutzpolizeipläne sind noch nicht völlig bis zur Veröffentlichung abgeben. In den Plänen werden insbesondere zwei Fragen klargestellt: 1. Die weit die Polizeierbände künftig Staats- oder Kommunalpolizei sein werden; 2. in welchem Maße die Reformierung der Schutzpolizei erfolgt. Im allgemeinen bauen sich die neuen Pläne auf der Grundlage der Polizeipläne von 1913 auf. Die Pläne der Länder werden ebenfalls dem General Rollet übergeben.

Sindenburg in Allenstein.

Allenstein, 25. Mai. Generalfeldmarschall v. Hindenburg kettete gestern der Stadt Allenstein, deren Ehrenbürger er ist, einen Besuch ab. Eine große Menschenmenge brachte dem Generalfeldmarschall die herzlichsten Begrüßungen dar. Vor dem Rathaus begrüßte Oberbürgermeister Juchel den Feldmarschall als den Befreier Allensteins und Ostpreußens. Sindenburg antwortete mit der Aufforderung, alle Mühen zusammenzusetzen, damit unser Vaterland wieder zu Ehren komme. Am Nachmittag legte Sindenburg am Denkmal der gefallenen 147er einen Kranz nieder.

Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens im Sejm.

Warschau, 24. Mai. Das deutsch-polnische Abkommen betr. Oberösterreich wurde heute im Sejm ratifiziert.

Der Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen.

Die Peterkirchen aus Anlaß des Abchlusses des deutsch-evangelischen Kirchenbundes in Wittenberg wurden am Mittwoch nachmittag durch eine Anrede Oberbürgermeisters Wurm, Wittenbergs, an die Festteilnehmer eingeleitet. Anschließend fand eine Begrüßung durch die Kirchenbehörden Wittenbergs im Bogenbogen-Daum statt, bei der Superintendent D. Orthmann auf die Bedeutung des Ortes, an dem der Beirat der Peterkirchen stattfand, hinwies. Der Verwalter Johannes Bogenbogens sei würdig, die neue Reformation der deutschen Landeskirchen in seinen Mauern vor sich sehen zu lassen. Auf diese Begrüßungen antwortete der Präsident des evangelischen Kirchenbundes Dr. Müller. Berlin.

Dr. Rathenau über die Sanktionsfrage.

Paris, 25. Mai. Der Berliner Vertreter der „Allied Press“ hat nach der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Poincaré über die Sanktionsfrage Gelegenheit genommen, den deutschen Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rathenau, über seine Auffassung in der Sanktionsangelegenheit zu befragen. Reichsminister Dr. Rathenau äußerte sich in folgendem Sinne:

Die Argumente, auf die Herr Poincaré und Herr Klotz das angebliche Recht Frankreichs zu Sanktionen gegen Deutschland stützen, sind wiederholt von französischer Seite vorgebracht und von deutscher Seite widerlegt worden. Aus der Schlusswendung des 18. der zweiten Anlage im Wiederherstellungskapitel des Versailler Vertrages will Frankreich das Recht herleiten, gegebenenfalls über die Rheinlande hinaus weiteres deutsches Gebiet zu besetzen. Die Gebietsbesetzung ist die denkbar schärfste Maßnahme, die einem Staat gegenüber ergriffen werden kann. Es wäre geradezu ungeheuerlich, wenn der Versailler Vertrag den Alliierten das Recht zu dieser äußersten Maßnahme in einer kurzen Nebenbemerkung und ohne ausdrückliche Erwähnung hätte einräumen wollen, nachdem er an erster Stelle die weit mehr einschneidenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßregeln besonders aufgeführt hat.

Keiner der Artikel 428 bis 432 gibt den Verbündeten das Recht, deutsches Gebiet rechts des Rheins neu zu besetzen.

Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen, sie hat sich vielmehr an den Wiederherstellungsausschuß zu wenden, der in allen seinen Beschlüssen an genaue Bestimmungen und Regeln gebunden ist. Ebenfalls wie aber die einzelnen Mächte unmittelbar Wiederherstellungsansprüche gegen Deutschland erheben können, können sie auch für sich allein Zwangsmassnahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen. Ich kann nicht glauben, daß Frankreich ernstlich daran denkt, sich über die klare Rechtslage einfach hinwegzusetzen.

Reichstagspräsident Löbe an die Wiener Sängler.

Diabildung einer Berliner Schriftleitung. Berlin, 25. Mai. Den Schluß der offiziellen Veranstaltungen anlässlich des Berliner Besuchs der Wiener Sängler bildete heute ein Konzert, das die Wiener Gäste gemeinsam mit den Berliner Sängern im Volkspark gaben. Nachdem die Wiener Sängler unter lebhaftem Beifall die „Trotter Nachtwache“ und das Lied „Es braut durchs Land ein hebräisches Vieh“ gesungen hatten, hielt Reichstagspräsident Löbe eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Der Besuch der Wiener Sängler bei ihren Berliner Sangesbrüdern ist eine große deutsche Demonstration geworden, von der ich hoffe, daß sie von geschichtlicher Bedeutung für unsere Nation sein wird. Eine Menge Versümer und Mißverständnisse sind zweifellos durch diesen Besuch beseitigt worden. Aus Deutschland hörten wir manchmal die Kunde, daß unsere deutschherrenlichen Brüder nicht daran glaubten, daß die Zusammenkünfte bei uns erst empfangen werde. Das, was unsere Gäste heute sahen und das, was sie in den vergangenen Tagen erlebt haben, hat sicherlich diesen Zweifel beseitigt. Vom Reichspräsidenten, von den Vertretern der deutschen Regierung und der Berliner Kommunalbehörden haben unsere Gäste gehört, wie diese Stellen denken, und aus den Kooperationen der Berliner Bevölkerung die wahre Volksstimmung kennen gelernt. Der Vertrag von Versailles läßt es ausdrücklich zu, daß Österreich und Deutschland sich vereinigen in Uebereinstimmung mit dem Völkerbunde. Diesen Tag wollen wir vorbereiten, indem wir unsere Kultur und Stammesgemeinschaft pflegen, indem wir die Bahn und Stammbüchlein bereichern, unser Eisenbahnwesen und die Eisenbahnpläne vereinheitlichen, indem wir unser Schuls und Erziehungswesen einander anpassen, unsere Wirtschaft und unseren Handel einander einfließen und so innerlich die Vorbereitungen dafür treffen, daß, wenn der Tag kommt, da die Grenzen fallen, das einheitliche Reich schon vorhanden ist. Wir Parlamentarier marieren mit Sehnsucht auf den Tag, an dem zum erstenmal die Abgeordneten aus Wien, Linz, Salzburg und hier, neben uns gleichberechtigt für die Geschicke des vereinten Reiches sorgen werden.

Die Regierungsneubildung in Oesterreich.

Ein rein bürgerliches, fast noch rechts orientiertes Kabinett.

Wien, 24. Mai. In der Sitzung des Ausschusses für Außenere erstattete der Bundeskanzler einen eingehenden Bericht über die Konferenz von Genua. Den in seiner Aufmerksamkeit gefaßten Beschlüssen des Finanzausschusses über die Nichtbewilligung der Kreditermäßigung nannte er eine Rücksichtslosigkeit, die er nicht verdient habe. Der Ministerpräsident hatte mit ziemlicher Erregung gesprochen, und ebenso erregt war die sich anschließende Debatte, in der der christlich-sozialen Abgeordnete Dr. Seipel, der Christliche Dr. Ringhofer und der Sozialdemokrat Seitz sprachen. Nach dem Verlaufe dieser Debatte ist eine Wiederkehr der Regierung Schuber ausgesprochen. Es wird jetzt auf Grund des christlich-sozialen Wiederaufbauprogramms, das eine Modernisierung der früheren Pläne darstellt, verhandelt, um ein gemeinsames Arbeitsprogramm für eine aus Christlichsozialen, Christlichen und der Bauernpartei zu bildende Regierung zu schaffen, also ein rein bürgerliches, fast noch rechts orientiertes Kabinett, an dessen Spitze vielleicht Abg. Dr. Seipel steht oder Abg. Dr. Ringhofer treten soll.

Eine Nachsichtigung des Reichskabinetts.

Berlin, 25. Mai. Das Reichskabinett trat heute nachmittag um 6 1/2 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsanzalters Dr. Birck zu einer Sitzung zusammen. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rathenau, gab in einem zweistündigen Vortrage einen Überblick über die Konferenz von Genua. Insbesondere behandelte er die Verhandlungen in den Kommissionen und den Kapall-Vertrag. Er hob seine Entstehungsgeschichte unter Würdigung und Betonung seiner Vorteile und unter Widerlegung der Einwände, die von verschiedenen Seiten gemacht werden. Das Gesamtergebnis der Konferenz bezeichnete Dr. Birck als positiv. Die Sitzung wurde um 8 Uhr für eine kurze Zeit unterbrochen, um alsbald wieder aufgenommen zu werden. In der anschließenden Besprechung, die vornehmlich bis in die späten Nachstunden dauern wird, wird zunächst der Reichsfinanzminister Dr. Gerners den Bericht über seine Pariser Verhandlungen erhalten. Dr. Gerners war, wie der „Berl. Volksanz.“ berichtet, ohne Sollmachten nach Paris gegangen — wenigstens wird das immer wieder von den zuständigen Stellen betont. Er hatte lediglich die Aufgabe, das Gelände zu sondieren, sich über die Stimmung innerhalb der Reparationskommission zu unterrichten und diese umgekehrt ebenfalls zu informieren. Man beschränkt nun, er könnte sich infolgedessen gebunden haben, daß er Mitteilungen gemacht hat, die eine Ueberschätzung unserer Leistungsfähigkeit durch die Reparationskommission denkbar erscheinen lassen würde. Das eine scheint einwandfrei festzustellen, daß weite Kreise innerhalb der Parteien und auch ein großer Teil des Kabinetts der Tätigkeit des Ministers in Paris sehr kritisch gegenübersteht. Man kann nach allem, was durchsickert, annehmen, daß wir eine Finanzministerkrise haben, wenn diese im Augenblick auch noch latent ist. Sie wird, je nachdem, ob sie oder beigelegt werden, wenn der Minister dem Kabinett Bericht erstattet hat.

Auch die „Centrumspartament-Korrespondenz“ stellt fest, daß sich im Kabinett in der Tat Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten ergeben haben. Und die „Berliner Börsen-Zeitung“ weiß mitzuteilen, daß sich in den letztjährigen Kabinettsberatungen eine Mehrheit gegen Dr. Birck herangestellt hat, und daß der Punkt, an dem sich die Geister schieden, die Forderung der Reparationskommission auf Aufhebung neuer Steuern gewesen sein dürfte. Es dürfte auch nicht verwundern werden, daß Dr. Birck vor einer ersten Alternative stehen würde, wenn der vom Reichsfinanzminister erstattete Bericht nicht zu einer andern Auffassung zu bringen vermöge. Das Blatt schließt mit der gerade von den Rechtsparteien immer wieder vorgebrachten Warnung, die Parteien ins Bild zu ziehen, damit Klarheit über die parlamentarische Situation geschaffen wird. Die Entscheidung, die bis zum 31. Mai gefaßt sein muß, wird in ihrer Tragweite von

